

## Jetzt soll islamisches Recht helfen – Premierminister unter Druck –

Die innenpolitische Krise im Sog des Golfkrieges hat gezeigt, welchen zentrifugalen Kräften das politische System der erst drei Jahre alten demokratischen Ordnung der Islamischen Republik Pakistan gegenwärtig ausgesetzt ist. Premierminister Nawaz Sharif, bei seinem Amtsantritt im November 1990 noch Hoffnungsträger eines breiten konservativen Parteienbündnis, ist im Machtpoker der politischen Klasse nur noch ein schmaler Spielraum verblieben, um den vielfältigen Problemen des Landes wirkungsvoll begegnen zu können. Mit zunehmender Eile nutzt seine Administration die komfortable Mehrheit in der Nationalversammlung, um gegen wachsenden Unmut in der Bevölkerung und sogar in den eigenen Reihen durch eine Flut von Gesetzen Pakistan auf Reformkurs zu zwingen. Doch die beinahe hektischen Aktivitäten der Regierung Nawaz Sharif auf allen nur erdenklichen Gebieten verwirren Beobachter im In- und Ausland, Freund und Feind gleichermaßen.

Da ist zuerst das ehrgeizige Reformprogramm zur Liberalisierung und Privatisierung der Wirtschaft zu nennen, das aus der Talsohle der gewaltigen ökonomischen Schwierigkeiten führen soll. Ein beängstigendes Defizit in der Handelsbilanz, wachsende Schulden und eine dramatische Kürzung der ausländischen Hilfe dulden keinen Aufschub mehr. So sind bereits nahezu alle Beschränkungen im Devisenhandel kürzlich aufgehoben worden, um Investoren anzulocken und die Devisenreserven aufzustocken. Vor allem geschieht dies mit Blick auf die 17 Milliarden Dollar, die pakistanische Staatsbürger nach Schätzungen auf Konten im Ausland besitzen. Finanzminister Sartaj Aziz kündigte für die kommenden Monate die Privatisierung von 44 staatlichen Industrieunternehmen und von zwei Banken an. Ein größeres Aktienpaket der 1974 verstaatlichten muslimischen Handelsbank ist bereits für 40 Millionen Dollar an einen Industriellen verkauft worden. Langfristig will die Regierung bis zu 160 Unternehmen mit insgesamt 250.000 Beschäftigten abstoßen.

Um die Gründung neuer Unternehmen zu fördern, hat die Regierung außerdem neue Fabriken für fünf bis zehn Jahre von den Steuern befreit, wenn sie in unterentwickelten Gebieten errichtet werden. Die Wirkung dieser Maßnahmen bleibt abzuwarten; doch in jedem Fall muß mit der Konzentration großer Vermögen in wenigen Händen gerechnet werden, und mit schmerzlichen Massenentlassungen in den wenig produktiven und hochverschuldeten Staatsbetrieben.

Im krassen Gegensatz zu diesen für westliche Begriffe modernen, marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsreformen, steht eine am 16. Mai vom Parlament verabschiedete Verfassungsänderung, die das "Scharia" genannte, im Koran und der Sunna festgehaltene islamische Recht zur obersten Rechtsgrundlage Pakistans

erhebt (siehe auch Kasten). Damit erfüllt Nawaz Sharif eine zentrale Forderung seiner islam-fundamentalistischen Koalitionspartner innerhalb des aus acht Parteien bestehenden Regierungsbündnis IJI ('Islami Jamhoori Ittehad' = Islamische Demokratische Allianz).

Dem Gesetz zufolge sollen neugebildete Kommissionen den Umbau der Wirtschaft nach muslimischen Prinzipien vorbereiten, das Verbot von Zinszahlungen einführen, und eine an religiösen Werten orientierte Erziehung sichern. Außerdem sollen mit dem neuen Recht "Unmoral, Obszönität, Korruption und illegaler Waffenbesitz bekämpft werden.

Während die parlamentarische Opposition unter Führung der ehemaligen Premierministerin Benazir Bhutto fürchtet, daß auf diesem Weg die legislativen Rechte des Parlamentes eingeschränkt werden, sprechen Intellektuelle und liberale Muslime von einem drohenden "Rückfall ins Mittelalter".

Aber auch bei den Fundamentalisten stößt das umstrittene Gesetz auf wenig Gegenliebe, weil dieser Lobby die neuen Bestimmungen des umstrittenen Gesetzes nicht weit genug gehen. Aus diesem Grunde hat die größte fundamentalistische Partei 'Jamiat Ulema-e-Islam' (JUI) die Abstimmung in der Nationalversammlung sogar boykottiert.

Tatsächlich stellt die jetzt verabschiedete Gesetzesakte im Vergleich zu früheren Entwürfen eine relativ milde Version dar, die im wesentlichen Absichtserklärungen und nur wenige eindeutige Bestimmungen enthält. Dennoch sind vor allem fundamentale Rechte der Frauen, die bisher durch eine ganze Reihe von Gesetzen garantiert wurden, bedroht: Heiraten und Scheidungen müssen in Zukunft nicht mehr registriert werden, Kinderheiraten sind wieder möglich und gesetzliche Einschränkungen der Polygamie werden aufgehoben. Darüberhinaus werden der Pressezensur und Eingriffen in die Privatsphäre des Einzelnen Tür und Tor geöffnet.

Fatal ist nur, daß es Nawaz Sharif selbst um diesen Preis nicht gelungen ist, den mit einer milderer Form der Scharia angestrebten Ausgleich zwischen den Befürchtungen der Liberalen und den Forderungen der orthodoxen Geistlichen zu erreichen. Auch als Mittel, um mit moderaten islamischen Gesetzen die Mullahs in die Verantwortung für demokratische Strukturen einzubinden, ist das Scharia-Gesetz nicht geeignet. Noch scheint das Primat der Politik gewahrt und von einer Theokratie nach iranischem Vorbild ist Pakistan weit entfernt. Aber schon jetzt setzten die Fundamentalisten ihr politisches Gewicht ein, um wenigstens in dem nun einsetzenden Ringen um die Form der Umsetzung der Scharia ihren Vorstellungen Nachdruck zu verleihen.

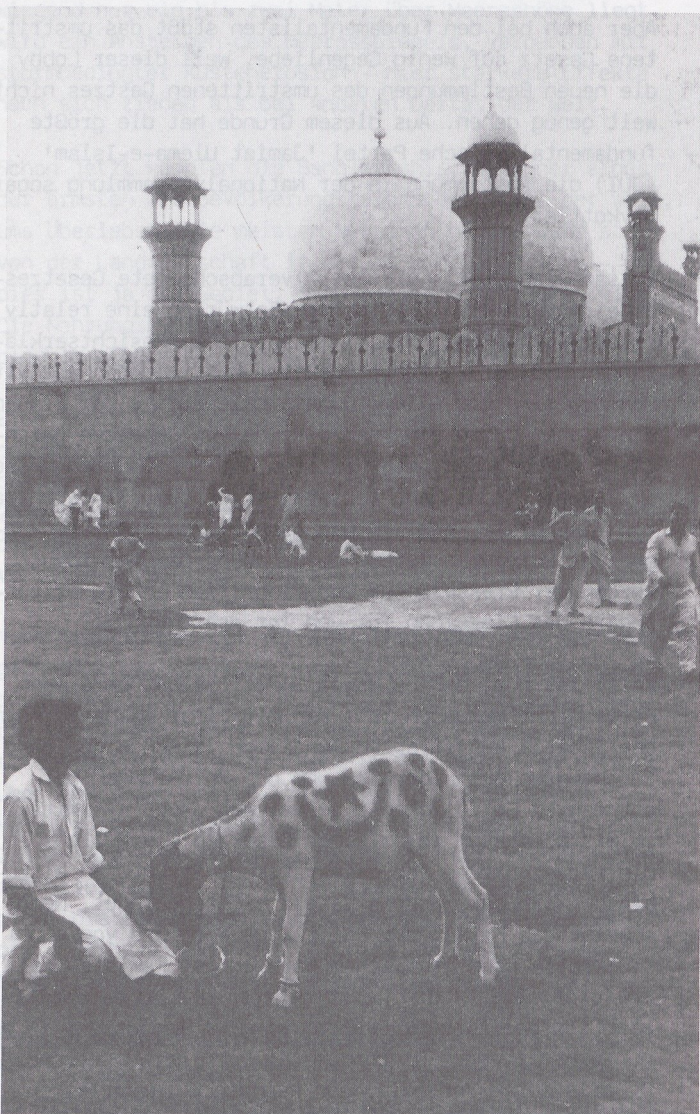
Statt der gewünschten Konsolidierung der Gesellschaft ist mit der Einführung der Scharia eine emotionsgeladene, mit Leidenschaft geführte Kontroverse entbrannt, die neue innenpolitische Gräben aufreißt. Vor allem zwischen Schiiten und Sunniten, und zwischen Anhängern verschiedener theologischer Rechtsschulen wird erbittert darum gestritten, welche Auslegung der Scharia die verbindliche sein soll (siehe auch Beitrag 'Islamisierungspolitik und ihre Früchte' in dieser Ausgabe).

Da das Verhältnis von Nawaz Scharif zu den beiden anderen Mitgliedern des sogenannten Triumvirats - Präsident Ishaq Khan und Armeestabschef Aslam Beg - als Folge der heftigen Debatten während des Golfkrieges nach wie vor von einem Element der Unsicherheit geprägt wird, ist der Premierminister um so mehr dem

Druck der Mullahs und Maulvis im eigenen Lager ausgesetzt. Wohl auch, um dieser Entwicklung ein Gegengewicht entgegenzusetzen zu können, bemüht sich der Regierungschef gerade in jüngster Zeit darum, den zur Opposition abgerissenen Gesprächsfaden wieder aufzunehmen und das Verhältnis zu verbessern. Wenn dies nicht gelingt, könnte die IJI auf absehbare Zeit ihren größten Aktivposten - eine funktionstüchtige Nationalversammlung -, um dem Druck von Militär, Präsident und fundamentalistischer Lobby begegnen zu können, verlieren. Schwer wiegt auch, daß auch die Bevölkerung in zunehmendem Maße der Regierung die Unterstützung versagt, da die Preise für wichtige Grundnahrungsmittel, Gas und Elektrizität spürbar gestiegen sind.

Jorge Scholze

## Islamisierungspolitik und ihre Früchte



Die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Sektoren Anfang des Jahres sowie die Wiedereinführung der islamischen Rechtsprechung in Pakistan im Mai (siehe auch Kasten) haben erneut die Vorstellungen vom finsternen Mulla mit langem Bart und Turban genährt, nach dem das Bhutto-Intermezzo scheinbar die Hoffnungen auf ein säkulares Pakistan kurzzeitig geweckt hatte. Die Wahlniederlage Benazir Bhuttos im vergangenen Jahr ließ jedoch erkennen, daß die Macht konservativer und traditionalistischer Kräfte im Lande nicht zu unterschätzen ist, auch wenn viele politische Repräsentanten "klerikaler" Parteien selbst in ihren eigenen Wahlkreisen die Mandate verloren.

Der Wahlsieg der 'Islamischen Republikanischen Allianz' (IJI) hat gezeigt, daß der Einfluß islamischer Würdenträger in der pakistanischen Politik nicht zu unterschätzen ist. Ohne ihr Wohlwollen und ihre Kooperation vermag sich scheinbar kein Regime langfristig durchsetzen zu können. Dies mußte auch der amtierende Premierminister Nawaz Sharif einsehen: Die nun eingeführten Scharia Gesetze in Pakistan können als Zugeständnisse an die Geistlichen gewertet werden.

Traditionalisten sehen den islamischen Gehalt dieser Gesetze jedoch mit großer Skepsis, da nämlich durch sie u.a. eine einheitliche islamische Norm festgelegt werden soll. Ein solches Vorhaben steht ganz im Gegensatz zu den divergierenden islamischen Kulturen im Lande. Die Architekten solcher Gesetze sind sogenannte "Fundamentalisten" und Modernisten, die meist nur mit einem spärlichen Bart und selten mit einem Turban ausgestattet sind. Sie sind städtischer und mittelständischer Herkunft und bekunden ihre Aufgeschlossenheit gegenüber westlicher Normenvorstellung (für eine

Foto: Heinz Stachelscheid